

GR. Gerda GESEK

24.09.2009

## **A N F R A G E**

Betr: Räumlichkeiten für ehrenamtlich tätige Personen

Die Bereitschaft sich ehrenamtlich zu engagieren ist nicht selbstverständlich und muss daher sorgsam gepflegt werden. So ist es für die ÖVP-Fraktion in diesem Hause auch ein ernstes Anliegen, die ehrenamtlich tätigen Personen, die ein wichtiger, wertvoller und nicht wegzudenkender Bestandteil unserer Gesellschaft sind, in ihrer ehrenamtlichen Arbeit bestmöglich zu unterstützen und nicht an den Rand zu drängen.

Nunmehr sind Bestrebungen im Gange, das Senior/innenbüro mit den ehrenamtliche Mitarbeiter/innen aus dem Zentrum der Stadt, vom Amtshaus, in das Seniorenzentrum Theodor Körner zu verlegen. Das heißt, die Generation 50 + will man aus der Innenstadt verbannen und macht ihnen die Verlegung des Büros schmackhaft durch gute Erreichbarkeit, Parkplätze, ruhige und ungestörte Lage, Nachbarschaft zum neuen Geidorf-Center, naheliegende Einkaufsmöglichkeit und vieles mehr. Dies alles aber haben die Senior/innen in der Innenstadt wesentlich bequemer. Auch fahren Senior/innen fast nicht mit dem Auto in der Stadt.

Durch diese Maßnahme wird die Förderung des Ehrenamtes in jeder Hinsicht gefährdet und behindert, zumal gerade auch Senior/innen größtenteils für ihre Anliegen sowohl die Ämter des Sozialamtes als auch das Senior/innenbüro und allenfalls auch die allgemeine Bürgerservice benötigen. Daher ist es nicht sinnvoll diese Ämter zu trennen und die Senior/innen durch die Stadt zu schicken.

Ich stelle daher an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

### **A n f r a g e ,**

ob Du bereit bist, dafür zu sorgen, dass das Senior/innenbüro mit den ehrenamtlich tätigen Personen in der Innenstadt bzw. Amtshaus verbleiben kann und allenfalls ein anderes Amt in das Seniorenzentrum Theodor Körner zu verlegen. Ich denke hier in 1. Linie an die Räumlichkeiten im Gebäude gegenüber dem Amtshaus.

GR. Kurt HOHENSINNER

24.09.2009

## **A N F R A G E**

Betr.: Vollstationäre Unterbringung in Grazer Pflegeheime

Sehr geehrte Frau Sozialstadträtin!

Der Stadtrechnungshof prüfte das Normkostenmodell für Pflegeheime. Anlass für die Prüfung war die Entwicklung des Defizits im Bereich der städtischen Ausgaben für Unterbringungen in Pflegeheimen.

Der städtische Anteil des Defizits betrug 2008 rund 14 Mio. Euro – Prognosen sagen bis 2015 einen Anstieg auf rund 35 Mio. Euro voraus.

Ich möchte an dieser Stelle nur drei der wichtigsten Aussagen des Prüfberichtes aufzeigen:

Für die jährliche Valorisierung der Errichtungskosten, wie bisher praktiziert, fehlt nach Ansicht des Stadtrechnungshofes die betriebswirtschaftliche Rechtfertigung. Außerdem werden die Errichtungskosten laufend valorisiert, unabhängig vom Altersgrad der einzelnen Heime.

Für den Bereich der Pflegesätze fehlt überhaupt jegliche schriftliche Festlegung; es handle sich um „historisch gewachsene Pflegesätze“, die seitens des Landes plausibilisiert worden seien.

Anders als in Wien, gibt es in der Steiermark keine gesetzlich definierte Mindestpflegestufe als Voraussetzung für die Aufnahme in ein Pflegeheim und für eine Bezuschussung durch Stadt und Land.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **A n f r a g e:**

Bist Du bereit, die zuständige Sozialstadträtin Elke Edlinger zu ersuchen,

1. darzulegen, wie viele Grazer BürgerInnen der PflegegeldEinstufung 1 und 2 sich in der von der Stadt Graz bezuschussten vollstationären Unterbringung in Pflegeheimen befinden sowie
2. auf die im Prüfbericht des Stadtrechnungshofes festgestellten Mängel des Normkostenmodells zu reagieren und in diesem Zusammenhang den neuen Soziallandesrat in die Pflicht zu nehmen.

Betr.: Chaos bei der Benützung von öffentlichen Verkehrsmitteln durch Sanierungsarbeiten an den Schienen im Sommer

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat von Frau Gemeinderätin Mag<sup>a</sup>. Dr.<sup>in</sup> Karin Sprachmann an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL in der Sitzung des Gemeinderates vom 24. September 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bedingt durch die Sanierung der Gleise der Straßenbahnlinien 1 und 7 ist im heurigen Sommer für die BenützerInnen von öffentlichen Verkehrsmitteln ein Chaos ausgebrochen. Wobei, das möchte ich gleich vorausschicken, für dieses Chaos nicht die Bediensteten der GVB verantwortlich waren, ebenso wenig die Bediensteten des Magistrats Graz – ich sehe hier vielmehr Politik und Management gefordert.

Faktum ist: Fahrgäste wurden nicht informiert über die Abfahrorte, Haltestellen wurden willkürlich hin und her geschoben. Fahrgäste irrten nach jeder Verlegung auf der Suche nach der richtigen Haltestelle herum. An den „neuen“ Haltestellen gab es keine Mülleimer. Der Müll wurde oftmals einfach in die Wiese geworfen. Es gab anscheinend diesbezüglich keine Koordination zwischen Stadt und den Grazer Verkehrsbetrieben. Im Hochsommer waren bei den betroffenen Haltestellen weder Bänke noch Überdachungen, die vor Hitze und Regen schützen sollten, zu finden.

Der Schienenersatzverkehr verlief auch nicht reibungslos. Insbesondere am Abend funktionierte er noch zögerlicher. Die Fahrgäste, die beispielsweise vom Hauptplatz nach Wetzelsdorf fahren wollten, stiegen zunächst in die Straßenbahnlinie 1 (anstelle der eingestellten Linie 7) ein und warteten bei der Remise bei der Fachhochschule am Abend auf den Schienenersatzverkehr nach Wetzelsdorf solange, dass Fahrzeiten von 50 min am Abend für eine Strecke, für die man normal 15 Minuten benötigt, durchaus möglich waren. Zusätzlich ist anzuführen, dass sich die GVB entsprechend dem Takt von den Schienenersatzverkehren nach Wetzelsdorf anscheinend die Hälfte der Fahrten eingespart hat.

Die meisten Fahrgäste – im Sommer, da keine Schüler unterwegs waren, die zahlenden Fahrgäste - waren bezüglich diesen Umgangs mit ihnen hochgradig verärgert und verdrossen. Viele bereuten es zutiefst, Inhaber einer Jahreskarte bei den Grazer Verkehrsbetrieben zu sein. So manche und mancher stieg, sofern er eine Möglichkeit

hatte, auf das Auto um. Einige gingen weite Strecken auch zu Fuß, um sich eine Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln nicht anzutun.

Das kann nicht die Lösung sein, in Graz gibt es durchaus auch kranke, gehbehinderte und ältere BürgerInnen wie wir wissen, die nicht in der Lage sind zu weit zu Fuß unterwegs zu sein.

Damit ein solches Chaos nicht nochmals passiert, stelle ich an Sie, Herr Bürgermeister,

**die Anfrage,**

was werden Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungsfunktion unternehmen, um bei künftigen Sanierungsarbeiten im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel in Graz ein solches Chaos zu verhindern?

Betrifft: Geschäftsordnungsgemäße  
Beantwortung der Anfrage betreffend  
Weixelbaumstraße vom 23. April 2009  
in der heutigen Sitzung



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

## MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau GRin Mag<sup>a</sup>. Susanne Bauer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 24. September 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Ich habe in der Gemeinderatssitzung vom 23. April 2009 eine Anfrage gem. § 16 GO zur Weixelbaumstraße eingebracht.

Gem. § 16 Abs. 2 GO ist der Bürgermeister verpflichtet, spätestens in der dritten der Anfrage folgenden Sitzung mündlich oder schriftlich zu antworten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine schriftliche Antwort ist mir bis heute nicht zugegangen. Dem zu Folge ersuche ich um die geschäftsordnungsgemäße mündliche Beantwortung in der heutigen Sitzung.

Zur Erinnerung erlaube ich mir diese Frage nochmals zu wiederholen:



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A - 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

Betrifft: Weixelbaumstraße

### ***MÜNDLICHE ANFRAGE***

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 23. April 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mit der Schließung des Bahnüberganges Weixelbaumstraße im August vorigen Jahres ist den BürgerInnen ein wichtiger Verbindungsweg genommen worden.

Die Sorgen der SchülerInnen und Eltern, der Geschäftsleute und der BewohnerInnen, dass nunmehr lange verkehrsreiche Umwege das örtliche Zusammenleben aufs massivste behindern, sind wohl bekannt.

Der Status Quo oder ein Shuttlebus lösen nicht das Problem. Als beste Lösung hat sich eine Fuß- und Radwegunterführung herauskristallisiert. Und für die Errichtung bzw. Finanzierung einer Unterführung für hat es im Lauf des letzten Jahres auch viele hoffnungsvolle Zusagen hier im Gemeinderat, aber auch über die Medien gegeben.

Ihre Stellvertreterin hat bei der Bürgerversammlung im Sommer vorigen Jahres gesagt: „Die Finanzierung ist kein Problem“, bzw. im Zuge der Frage in der Jänner-Sitzung des Gemeinderates zur Auskunft gegeben, dass das Projekt in der AOG-Liste Platz gefunden hat. Auch von den ÖBB kam die Beteiligungs-zusage in der Höhe von €750.000,- und vom Land €100.000,-.

Die „Flächenprobleme“ könnten auf Grund der signalisierten Bereitschaft zur Übertragung an die Stadt gelöst werden. Die Aussagen der Grundstücksanrainer in der ORF-Sendung „Bürgeranwalt“ haben sehr viel dazu beigetragen.

Die Planung wurde in mehreren Gemeinderatssitzungen in Folge von Fragen als „im Laufen“, dann als „abgeschlossen“ erklärt. Ein Baubeginn 2010 war als möglich genannt worden.

Umso herber war die Enttäuschung der AnrainerInnen, als es urplötzlich hieß, von der Stadt gebe es keine Finanzmittel, weil kein Geld da sei. Denn bis 2015 sei bereits alles verplant.

Und jetzt, im heutigen Gemeinderat erhalten wir ein Finanzstück zur Beschlussfassung, das in der Zeitung „Österreich“ betitelt wurde: „Grazer Politiker ließen 31 Millionen liegen“; demnach sei das Geld für die Sonderinvestitionen nur zur Hälfte ausgegeben worden – und für eine Umwidmung in der Höhe von 13 Millionen sollen wir heute die Zustimmung geben?

Sg. Hr. Bürgermeister, diese widersprüchlichen Aussagen sind nicht zu verstehen und nicht zu erklären. Deshalb stelle ich, nachdem sie den GöstingerInnen ihre Hilfe groß medial angeboten haben und die Weixelbaumstraße sogar zur Chefsache erklärten, die

### **Anfrage:**

Wie sah bzw. sieht Ihre Hilfe für die GöstingerInnen konkret aus?

Welche Schritte haben Sie gesetzt, um die Unterführung zu realisieren?

Woran ist die Errichtung einer Unterführung gescheitert?

Wie ist es zu verstehen, dass es einerseits heißt, es wäre für die Unterführung kein Geld da, andererseits aber der Finanzstadtrat über 31 nicht-abgeholte Millionen frohlockt?

Das war die Anfrage vom 23. April 2009, deren Beantwortung laut Geschäftsordnung spätestens jetzt zu erfolgen hat.

Ich darf Sie ersuchen, mir diese Frage nunmehr geschäftsordnungsgemäß mündlich zu beantworten.

Betrifft: Wiedereinsetzung der  
Abfallwirtschaftskommission



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

## MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 24. September 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Zusammenhang mit den medialen Aussagen der ressortverantwortlichen Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker betreffend mögliche organisatorische Neuerungen in der Müllabfuhr wurde einmal mehr deutlich, dass zur Zeit keine Ebene zur Verfügung steht, in der übergreifend kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen im Bereich Abfallwirtschaft behandelt werden, wie dies bis zum Jahr 2007 die Abfallwirtschaftskommission war.

Gerade jetzt hätte die Abfallwirtschaftskommission beispielsweise drei Themenfelder von immenser Bedeutung für die Stadt Graz:

1. Die von Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker im Artikel der Kleinen Zeitung angesprochenen Vorschläge für die Abfallwirtschaft in Graz werden organisatorische bzw. kostenmäßige Änderungen nach sich ziehen. Welche sind das, welche Auswirkungen sind zu erwarten?
2. Weiters – wie im ORF berichtet wurde – brechen die Altstoffpreise ein und Gemeinden könnten sich gezwungen sehen, aus diesem Grund die Müllgebühren zu erhöhen. Gilt das auch für Graz?
3. Des Weiteren sollte die vom Verfassungsgerichtshof aufgehobene Bestimmung der Grazer Müllverordnung Thema sein, um für den Gemeinderat eine Petition an den Landesgesetzgeber vorzubereiten, die darauf abzielt, im Interesse der Stadt Graz und somit der Grazer Bevölkerung über den ressortverantwortlichen Landesrat Johann Seitingner eine Gesetzesnovelle zu initiieren, die verhindert, dass Private an Stelle der vorhandenen Einrichtungen der Stadt Altstoffe aus den Müllkübeln aussortieren können. Damit verbleiben diese Stoffe in den Händen der Stadt und können von dieser auch mit ihrer positiven Wirkung auf die Müllgebühren verwertet werden.

Das wären, wie gesagt, sehr wichtige, weil für die weitere Entwicklung der Abfallwirtschaft in Graz bedeutende Punkte.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

**die Anfrage:**

- Sind Sie bereit, dahingehend initiativ zu werden, dass die Abfallwirtschaftskommission wieder in den regionalen Abfallwirtschaftsplan der Stadt aufgenommen wird?
- Sind Sie im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz bereit zu veranlassen, dass – solange diese Abfallwirtschaftskommission nicht eingesetzt ist – dem Gemeinderat über die im Motivenbericht angeführten Fragestellungen entsprechende Informationen zukommen?

Betr.: Kosten Nutzen Analyse von  
„City of Design“ und  
„ Smart Business City“

### **MÜNDLICHE ANFRAGE**

Gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Frau Gemeinderätin Mag<sup>a</sup>. Dr.<sup>in</sup> Karin Sprachmann  
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 24. September 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Den Mitgliedern des Gemeinderates wurde im Sommer dieses Jahres ein kiloschweres Hochglanzbuch „City of Design“ und wenig vorher das Hochglanzbuch „Smart Business City“ zugestellt. Ebenfalls fand eine Verteileraktion betreffend „ City of Design“ in der Grazer Innenstadt statt.

Wir alle wissen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass Hochglanzbücher von diesem Ausmaß, Format und auch von dieser Gewichtung, sowie die Schaffung von Werbematerial und eine Verteileraktion viel kostet. Die wirtschaftliche Abwägung einer Kosten-Nutzen-Analyse ist sinnvoll, um nicht in den Ruf zu geraten, dass die Stadt Graz mit Geld prasst, obwohl angeblich der „ Pleitegeier“ über unserer schönen Kommune schwebt.

Ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister, im Rahmen ihrer Koordinierungsfunktion

#### **die Anfrage,**

wieviel haben die Bücher „City of Design“ und „Smart Business City“, die Werbung und die Verteileraktion für die Stadt Graz gekostet und wie hoch ist im Gegensatz dazu der Nutzen für die Stadt Graz?

Betrifft: Hochwasser in Andritz  
Fragenkatalog der BürgerInnen



Gemeinderatsklub SPÖ Graz

A – 8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: spoe.klub@graz.at  
www.graz.spoe.at/gemeinderatsklub

## MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat  
von Herrn Gemeinderat Andreas Martiner  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 24. September 2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Hochwassersommer dieses Jahres und seine katastrophalen Auswirkungen speziell im Bezirk Andritz mag zwar ein nicht zu beeinflussendes Naturereignis gewesen sein – die Folgen der schweren Unwetter hätten aber nicht derart gravierend ausfallen müssen.

Tatsache ist nämlich: Seit dem Hochwasser am 21. August 2005 hat es für die BewohnerInnen im Bezirkskern von Andritz nicht die geringste Verbesserung gegeben. Natürlich waren auch 2005 die zuständigen Politiker rasch zur Stelle gewesen und hatten den Betroffenen, die Millionenschäden erlitten hatten, nahezu alles versprochen - von der Soforthilfe bis zur raschen Schöckelbachsanierung

Sie werden sich sicher noch erinnern können, sehr geehrter Herr Bürgermeister, denn Sie hatten die Angelegenheit damals ja zur Chefsache erklärt und garantiert, dass der Schöckelbach bis Ende Frühjahr 2006 hochwassersicher sein werde! Zwar wurden Sie schon damals von Stadtrat Rüschi korrigiert, dass das zu optimistisch wäre – aber bis Ende 2006 sei die Hochwassersicherheit garantiert gegeben, das Geld dafür wäre budgetiert. Das alles wurde 2005 versprochen. Nur, was Grazerinnen und Grazer dann, wenn etwas von Ihnen zur Chefsache erklärt wird, erwarten dürfen, haben nicht nur die AnrainerInnen erleben müssen, das durften auch die Andritzerinnen und Andritzer – leider im schlechtesten Sinne des Wortes – heuer in überfluteten Kellern, Wohnungen und Straßen ausbaden.

Auch im Endbericht des Programms „Grazer Bäche“ von November 2006 wurden klare Termine für die Sanierung des Unterlaufs des Schöckelbaches festgeschrieben, jedoch sind diese bereits 2 Jahre hinausgezögert worden; ganz zu schweigen von den notwendigen Rückhaltebecken in Weinitzen verzögert – außer vielen Versprechungen und Zusagen ist bis heute auch da nichts passiert.

Seit vier Jahre lang versuchten betroffene AnrainerInnen, AktivbürgerInnen und Bürgerinitiativen beständig aber vergeblich, die versprochenen Maßnahmen einzufordern, Aufmerksamkeit zu erregen und an die Problematik und Sie an Ihre Chefsache zu erinnern. Doch ihre Hil-

ferufe wurden über Jahre hinweg ignoriert; ja, schlimmer noch – die Betroffenen wurden wegen ihres Engagements als Querulanten abgestempelt.

Die Folgen des Nichtstuns Ihrerseits sind bekannt: Dreimal wurde heuer Andritz durch Hochwasser überflutet - am 1. Juli, am 18. Juli und am 29. August. Andritz wurde überflutet und die Anrainer mussten zusehen wie sie dreimal absaufen mussten! Dreimal standen Hunderte Betroffene vor überfluteten Kellern, Wohnungen, Gärten, Straßen – dreimal standen die Menschen vor den Trümmern dessen, was sie sich mühevoll zusammengespart, aufgebaut hatten.

Gott sei Dank trafen die AnrainerInnen Selbsthilfemaßnahmen, sodass zumindest beim ersten Hochwasser am 1. Juli das Schlimmste verhindert werden konnte. Jedoch das Hochwasser am 18. Juli und dann am 29. August überflutete wieder alles und zerstörte Hab und Gut der Betroffenen.

Herr Bürgermeister, Querulanten sehen anders aus – diese Menschen sind einfach nur noch verzweifelt. Verzweifelt, weil sie an Versprechungen geglaubt hatten und schmachlich in Stich gelassen wurden. Können Sie sich überhaupt vorstellen, wie es den Menschen in Andritz geht? Unter welcher nervlichen Anspannung diese Menschen stehen, wenn die nächste Schlechtwetterprognose ins Haus steht? Ich glaube, Sie können das nicht nachvollziehen – denn wenn dem so wäre, hätten Sie auf Ihre Zusagen im Jahr 2005 Taten folgen lassen, und diese Menschen nicht – und das im wahrsten Sinn des Wortes – im Regen stehen gelassen.

Wie gesagt, seit 4 Jahren, Herr Bürgermeister, warten die Menschen auf die Einlösung ihres Versprechens, den Hochwasserschutz umzusetzen. Nichts geschah. Übergangslösungen wurden gefordert, etwa im Bereich der Peneffgründe, um endlich diese gewollte Sollbruchstelle zu schließen. Die Erhöhung des Mauerwerks bzw. Verplankungen hätten gereicht. Nichts geschah.

Nachträglich wurde ja zugegeben, dass bewusst das Hochwasser bei dieser besagten Stelle in ein Überlauf-Gerinne überlaufen soll, jedoch dieses ist sofort gefüllt und Andritz im Bezirkskern säuft ab!

Jahrelang wurde es bestritten, bewusst das Schöckelbachwasser hier abzuführen – am 2. September musste schließlich Stadtrat Rüscher bekennen und zugeben, dass dem doch so sei. Da fragt man sich schon: Wo bleibt da der Schutz der Menschen im unteren liegenden Teil des Bezirkes Herr Bürgermeister?

Dann das ewig wiederkehrende Argument, Anrainer würden den Hochwasserschutz blockieren, weil sie ihr Grundstück nicht ablösen lassen! Herr Bürgermeister, welchen Ablösepreis beinhaltete das Angebot, sofern überhaupt ein offizielles getätigt wurde?

Nicht zu vergessen: Die ewige Ausrede auf Gesetze. Etwa, dass ein Verplanken der Sollbruchstelle nicht möglich wäre. Warum ist es dann möglich, im unteren Bereich Holzbretter zu montieren, sodass ein Wasserübertritt dort verhindert werden kann? Gibt es für diese Maßnahme Bescheide!?! Und ist der jetzige Sandsackdamm bei den Peneffgründen jetzt rechts??

Jahrelang wurden Vorschläge gemacht, wie ein Schutz aussehen kann, jedes Mal wurde alles abgeblockt, weil es angeblich nicht möglich, nicht Rechtes wäre.

Dreimal musste Andritz heuer überschwemmt werden, bis endlich am 29. August 2009 das Bachbett ausgebaggert wurde. War das in den vergangenen vier Jahren nicht möglich?

Sogar am 4. August hieß es in einem Schreiben an die BürgerInnen noch, es müsse alles einmal geprüft werden – und alles wäre halt leider nicht möglich.

Jetzt wissen wir endlich, was Sie unter Chefsache verstehen. Viel versprechen, wenig bis nicht einhalten – um dann auf Tauchstation zu gehen. Denn die Courage, sich den Andritzern – einmal bei einer Veranstaltung der Bürgerinitiative, dann bei der Podiumsdiskussion der Kleinen Zeitung zu stellen – hatten Sie bekanntlich nicht.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, 32 Briefen von den Betroffenen schenken Sie keine Antwort, für drei von den betroffenen AndritzerInnen erbetenen Terminen zwecks Klärung und Hilfestellung hatten Sie keine Zeit, sendeten Sie auch keine Vertretung bzw. es kam nicht einmal eine Antwort oder Stellungnahme! Verstehen Sie das unter Hilfe?

Die Verzweiflung der AndritzerInnen ist jedenfalls groß – die Menschen haben Fragen über Fragen, doch die Politik, konkret gesagt, der Bürgermeister, ist nicht bereit zu antworten. Ich sage Ihnen: Die Geduld dieser Menschen haben Sie über Gebühr strapaziert – und wenn Sie schon nicht bereit sind, den Bürgerinnen und Bürgern auf deren drängende Fragen hin zu antworten – dem Gemeinderat haben Sie gemäß Geschäftsordnung § 16 zu antworten. Daher übernehme ich heute gerne die Aufgabe, die von den Andritzer BürgerInnen und Bürgern an Sie vorgetragenen und unbeantwortet gebliebenen Fragen hier in diesem Haus erneut zu stellen.

Auf Ersuchen Andritzer AktivbürgerInnen stelle ich daher namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs

die Anfrage:

1. Von Herrn Stadtrat Rüschi wurden bei der Podiumsdiskussion am 2. September folgendes zugegeben: „Wir haben in der Vergangenheit Fehler gemacht und lernen daraus!“ Welche Fehler meinte der Stadtrat dabei konkret, die dazu führten, dass Andritz heuer dreimal unter Wasser stand?
2. Warum wurde erst jetzt ein permanenter Sandsackdamm bei dem Peneffgründen möglich gemacht und warum wurden erst jetzt Ausbaggerungen durchgeführt? Sind diese Sofortmaßnahmen rechtlich gedeckt?
3. Welche weiteren Verbesserungen der Übergangslösungen im linearen Bachausbau gibt es, welche werden kurzfristig noch durchgeführt?
4. Sind Maßnahmen und wenn ja, bis wann geplant, um die Bachüberwachung zu verbessern und damit den Feuerwehreinsatz zu beschleunigen?
5. Die Beschleunigung der Bauarbeiten im Abschnitt 1 und der sofortige Beginn im Abschnitt 2 müssen umgehend eingeleitet werden: Wann ist Baubeginn und wann sind die Arbeiten beendet?
6. Die umgehende Umsetzung der Rückhaltebecken in Weinitzen ist, unabhängig von den Linearmaßnahmen in Graz am Schöckelbach, unabdingbar. Wie weit sind Sie mit den Gesprächen in Weinitzen bzgl. der Rückhaltebecken? Welche Vereinbarungen gibt es? Wann ist Baubeginn und wann werden die Arbeiten beendet sein?
7. Sind Sie bereit, ein – von sehr vielen ExpertInnen befürwortetes - sofortiges Bauverbot in Hochwassergebieten bis zum Vollausbau des Hochwasserschutzes zu verhängen?
8. Und, noch als Zusatz eine Fragestellung von AnrainerInnen des Andritzbaches: Stimmt es, dass das Projekt Andritzbach zugunsten des Schöckelbaches zurückgestellt wurde? Ist es richtig, dass ein Grundstücksbesitzer der Abtretung des für den Ausbau notwendigen Grundstücksteils noch immer nicht zugestimmt hat? Welche Maßnahmen wird die Stadt Graz in dieser Hinsicht setzen?

**Die Grünen – Alternative Liste Graz**  
**Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus

**Telefon** 0316 / 872-2163  
**Telefax** 0316 / 872-2169  
gruene.klub@stadt.graz.at  
www.graz.gruene.at

## **Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung am 24.9.2009  
von

**GR Stefan Schneider**

### **Betrifft: Absperrung von Wegen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Graz soll eine Stadt mit hoher Lebensqualität sein. Dazu gehören neben vielen anderen Dingen auch großzügige Angebote an Frei- und Grünraum. Die hohe Lebensqualität die es in vielen Teilen der Stadt gibt, muss trotz steigender EinwohnerInnenzahl erhalten bleiben, und wo sie noch nicht gegeben ist ausgebaut werden.

Graz ist von einem schönen Grüngürtel umgeben. Den zu erhalten und seine Zugänglichkeit zu gewährleisten ist ein wichtiger Faktor unserer Lebensqualität.

Leider hören wir immer wieder davon, dass Wege zu und in den Wäldern am Rande der Stadt abgesperrt werden.

### **Deshalb darf ich folgende Anfrage an Sie stellen:**

Bei wie vielen und welchen Wegen wurden in den vergangenen 10 Jahren von der Stadt ein öffentliches Interesse erklärt und sie so gegen Absperrung geschützt?

**Die Grünen – Alternative Liste Graz**  
**Gemeinderatsklub**  
8011 Graz – Rathaus

**Telefon** 0316 / 872-2163  
**Telefax** 0316 / 872-2169  
gruene.klub@stadt.graz.at  
www.graz.gruene.at

## **Anfrage an Bürgermeister Siegfried Nagl**

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2009

von

**Gemeinderätin Sigrid Binder**

**Betrifft: Welcome-Haus**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

Gibt es ein Konzept für ein Welcome-House in Graz und in welcher Form soll es in dieser Gemeinderatsperiode umgesetzt werden?

# **KPÖ – Gemeinderatsklub**

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

Graz, 24. September 2009

**Betrifft: Installierung einer öffentlichen Toilettenanlage im Metahofpark**

## **Anfrage**

**an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Nagl!

Der Metahofpark ist - abgesehen vom Volksgarten - ein wichtiger Erholungsraum im Bezirk Lend, der von der Bevölkerung gut angenommen wird. Vor allem der Spielplatz ist für viele Familien mit Kindern ein Anziehungspunkt. Ein großes Problem stellt jedoch die Tatsache dar, dass es keine öffentliche Toilettenanlage gibt. Es ist unzumutbar, dass man jedes Mal umliegende Gaststätten aufsuchen oder - was viel öfter vorkommt - Kinder in die Büsche schicken muss.

Daher richte ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

## **Anfrage**

Sind Sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu beauftragen, die Möglichkeiten zur Installierung einer öffentlichen Toilettenanlage im Metahofpark zu prüfen?

## **KPÖ – Gemeinderatsklub**

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159

Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderätin Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

Graz, 24. September 2009

Betrifft: **Umsetzung eines barrierefreien Gemeinderatssitzungssaals**

### **Anfrage**

**an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die eigenständige Zugänglichkeit und damit Nutzung des Gemeinderatssitzungssaals ist für Menschen mit einer Behinderung nur erschwert möglich, da sie je nach Grad der Einschränkung auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Aus diesem Grund muss die Stadt voraussetzende Maßnahmen treffen, damit auf Perspektive ein barrierefreier Zugang zum Gemeinderatssitzungssaal ermöglicht wird und dadurch die Gleichstellung aller Menschen gewährleistet werden kann.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage**

Sind sie bereit, die verantwortlichen Stellen zu kontaktieren, damit Maßnahmen zur Umsetzung eines barrierefreien Gemeinderatssitzungssaals entwickelt werden können?

**KPÖ – Gemeinderatsklub**

KPÖ – Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderat Manfred Eber

24. September 2009

Betr.: **Reininghausgründe - Ökostadt**

**ANFRAGE  
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die jüngsten Entwicklungen bei asset one im Zusammenhang mit den Reininghausgründen haben unsere Warnungen bestätigt. Wir haben davor gewarnt, privaten Interessensgruppen die Entwicklung der Reininghausgründe zu überlassen, die Kosten - beispielsweise für die gesamte Infrastruktur, aber auch anteilige Kosten bei der Erstellung von externen Expertisen in Höhe von bis zu 200.000,- Euro – auf die Allgemeinheit überzuwälzen, während der Profit in die Taschen der privaten Investoren gehen sollte.

Im März 2009 beschloss der Grazer Gemeinderat, die erforderlichen Ressourcen für die Stadtentwicklung Graz-Reininghaus zur Verfügung zu stellen, eine Entwicklungszielvereinbarung bis Frühjahr 2010 auszuarbeiten, und die Stadtbaudirektion wurde beauftragt, bereits im Herbst 2009 dem Gemeinderat ein Stadtteilentwicklungskonzept insbesondere zu den Themen Nutzungsverteilung, Bebauungstypologie, Verkehr/Erschließung, Grünraum und Ökologie zur Beschlussfassung vorzulegen.

Den Medien ist nunmehr zu entnehmen, dass Sie, Herr Bürgermeister, sowie Herr Finanzstadtrat Rüschi, darüber nachdenken, die Gründe der asset one im Ganzen bzw. den Grazer Teil des Unternehmens zu kaufen. Auch die Steiermärkische Sparkasse wird in diesem Zusammenhang als potentieller Minderheiteneigentümer der asset one genannt. Gleichzeitig lesen und hören wir, dass Sie mit einem Aufwertungsgewinn der Liegenschaften durch Umwidmungen spekulieren. Mit dieser – auch öffentlich ausgetragenen – Diskussion wird jedoch auch der Preis für die Grundstücke in die Höhe getrieben.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

**Anfrage**

Sind Sie bereit, auf dem Areal der Reininghausgründe kommunalen Wohnbau zu forcieren, um leistbaren Wohnraum zu schaffen, aber auch um eine bessere Durchmischung von Gemeindewohnungen und sonstigen Wohnungen zu erreichen? Sind Sie bereit, über eine Stadtentwicklungsanleihe nachzudenken, um die Finanzierung des Grundkaufs zu ermöglichen? Wie ist der Stand der Planungen (Entwicklungs-, Flächenwidmungsplan, Masterpläne)?

# KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub  
8011 Graz – Rathaus  
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118  
Tel: 0316 / 872 2151  
0316 / 872 2152  
0316 / 872 2153  
Fax: 0316 / 872 2159  
Email: [kpoe.klub@stadt.graz.at](mailto:kpoe.klub@stadt.graz.at)

Gemeinderat Manfred Eber

24. September 2009

Betr.: **Sonn- und Feiertagfahrplan der GVB**

## **ANFRAGE an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge der Neuregelung des Schwachlastverkehrs wurden Verbesserungen für einige Buslinien im Abendverkehr umgesetzt, beispielsweise bei den Linien 33, 60 und 85. Gleichzeitig wurden aber sogenannte Leistungsumschichtungen durchgeführt, d. h., die zusätzlichen Betriebsstunden im Abendverkehr sollten anderswo wieder eingespart werden. Inzwischen liegen erste Erfahrungswerte und –berichte vor. Insbesondere von Beschäftigten des LKH wird die Neuregelung für die Straßenbahnlinie 7 kritisiert. Beispielsweise sind die Anschlüsse am Jakominiplatz an Sonn- und Feiertagen dergestalt, dass Wartezeiten bis zu 20 Minuten in Kauf genommen werden müssen.

Daher richte ich im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister folgende

### **Anfrage**

Werden Sie sich dafür einsetzen, Verbesserungen beim sonn- und feiertäglichen Angebot der GVB, insbesondere bei der Straßenbahnlinie 7, durchzuführen, um den Beschäftigten des LKH Graz einen rechtzeitigen Dienstantritt zu ermöglichen?

**Anfrage an den Herrn Bürgermeister,** eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2009 von Gemeinderat Mag. Harald Korschelt

Betreff: **Militärleistungsschau in Graz - Stand der Dinge**

Graz, 24.09.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Gemeinderatssitzung vom 13.11.2008 habe ich einen Dringlichen Antrag eingebracht, gemäß dessen Inhaltes Sie ersucht wurden mit dem Militärkommandanten der Steiermark ins Einvernehmen zu treten, um seitens der Stadt Graz den Wunsch nach einer Militärleistungsschau unter besonderer Berücksichtigung der friedenserhaltenden Maßnahmen des österreichischen Bundesheeres wie z. B. CIMIC oder UNO Einsätze, anlässlich des Nationalfeiertages im heurigen Jahr am Grazer Hauptplatz zu deponieren. Gegenständlicher Antrag wurde vom Gemeinderat angenommen sowie Ihrerseits zugesagt wurde, die notwendigen Schritte einzuleiten.

Da hinsichtlich einer derartigen Veranstaltung die Zeit langsam knapp wird und über eine etwaige Zu- oder Absage aus Ihrem Büro nichts verlautbart wurde, richte ich nun an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

### **Anfrage**

**Wie ist der Stand der Dinge hinsichtlich einer Militärleistungsschau anlässlich des Nationalfeiertages am Grazer Hauptplatz im heurigen Jahr?**

**Anfrage an den Herrn Bürgermeister,** eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2009 von Klubobmann **Armin Sippel**

Betreff: **Autonomes Zentrum in Graz Projekt A-Z**

Graz, 24.09.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der FPÖ liegt unter dem Titel „Projekt A-Z - Autonomes Zentrum in Graz“ ein Schriftstück vor. In gegenständlichem Machwerk berufen sich die Verfasser unter anderem auf die Schwarz-Grüne Koalitionsvereinbarung und legen basierend darauf gleich einen Raumnutzungsplan für das aktuell leer stehende Objekt Grabenstraße 56, das ehemalige Wachzimmer Grabenstraße, vor.

Wes Geistes Kind die Verfasser dieses so genannten Konzeptes sind, lässt sich bereits auf der ersten Seite erahnen, wenn es da heißt:

*„....., denn die sozialen Kämpfe um Häuser und Räume werden global geführt“.*

Bei genauerer Durchsicht entsteht der berechtigte Verdacht, dass es sich bei den angeblichen Projektbetreibern um jene Personen handelt, die in der jüngeren Vergangenheit durch illegale Hausbesetzungen auf sich aufmerksam gemacht haben, um von der Stadt Graz die Einrichtung eines autonomen Zentrums zu erpressen. Nun fordern die handelnden Personen die Schaffung eines rechtsfreien Raumes sowie eine Einrichtung, die gänzlich dem Einfluss und der Kontrolle der Stadt entzogen sein soll. Wesentlich großzügiger sind die vorliegenden Personen hinsichtlich der Finanzierung. Hier sind Gelder der öffentlichen Hand also Steuergelder, herzlich willkommen.

Wir Freiheitlichen sind jedoch der Ansicht, dass sich die Stadt Graz nicht erpressen lassen darf und derartigen Forderungen, gleichgültig ob sie im Zuge einer illegalen Hausbesetzung oder auch in Form eines Pseudoprojektes erhoben werden, nicht nachgeben darf. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, dass aktuell bereits zahlreiche Kultur- und Jugendzentren, wie das „ppc“ mit €781.00 auf die Dauer von 10 Jahren und das neue Jugendzentrum „Explosiv“ mit €250.000, aus Mitteln der Stadt subventioniert werden.

Der massive Widerstand ihrer eigenen Partei gegen dieses Projekt manifestiert sich in der Tatsache, dass der FPÖ nun gegenständliches Konzept vorliegt.

Sollte Ihnen dasselbe überraschenderweise nicht bekannt sein, bin ich gerne bereit, das relevante Schriftstück über den Umweg Ihres Büros an die ÖVP zu retournieren.

Um aber in dieser Angelegenheit klare Aussagen zu erhalten, richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des FPÖ Gemeinderatsklubs nachstehende

**Anfrage:**

**Wie stehen Sie persönlich zum Projekt A-Z?**

**Gibt es aktuell oder gab es zu einem früheren Zeitpunkt Verhandlungen mit den Initiatoren dieses Projektes? Sind derartige Verhandlungen für die Zukunft vorgesehen?**

**Leiten Sie aus dem Koalitionsvertrag zwischen ÖVP und Grünen eine Verpflichtung zur Einrichtung eines derartigen Zentrums ab bzw. aus welchen Mitteln soll ein derartiges Zentrum dann finanziert werden?**

**Anfrage an den Herrn Bürgermeister,** eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2009 von Klubobmann **Armin Sippel**

Betreff: **Gemeindebedienstete in den Polizeidienst**

Graz, 24.09.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Sicherheitsdefizite unserer Stadt sind offenkundig. Das belegen nicht nur Statistiken und Aufklärungsquoten sondern auch das subjektive, stetig abnehmende Sicherheitsempfinden zahlreicher Bürger.

Eine jüngst abgehaltene Bürgerinitiative hatte unter anderem den Zweck, die Politik mit den diesbezüglichen Sorgen eines ganzen Bezirkes zu konfrontieren.

Dieser negative Gesamteindruck wurde durch ein Interview des Landessicherheitsdirektors Dr. Klamminger, der erklärte, dass vor allem der Büroaufwand zahlreiche Polizeibedienstete über Gebühr an den Schreibtisch fesselt, abgerundet.

Da nun seitens des Bundes eine Problemlösung aufgrund schon lange andauernder Säumigkeit nicht zu erwarten ist, scheint es erforderlich, dass die betroffenen Kommunen, im konkreten Fall unsere Stadt Graz, initiativ werden.

Da Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nun daran gehen die Struktur der Mitarbeiter des Magistrates Graz nachhaltig zu verändern, steht zu erwarten, dass im Zuge dieser Maßnahmen auch zahlreiche personelle Ressourcen frei werden. Nun erscheint es zweckmäßig, das Notwendige mit dem Faktischen zu verbinden und eine Entsendung betroffener Mitarbeiter, auf freiwilliger Basis, in den Verwaltungsapparat der örtlichen Exekutive zu erwägen.

Ich bin mir der Tatsache bewusst, dass gegenständliche Maßnahme, im Gegensatz zum Wechsel von ehemaligen Postbediensteten in den Polizeidienst, zum gegenwärtigen Zeitpunkt an den rechtlichen Bestimmungen scheitern würde. Andererseits soll gerade die Kommunalpolitik aufgrund tatsächlicher Gegebenheiten Verwaltungs- und Verfassungsreformen anregen, die eben dazu beitragen, den kommunalpolitischen Auftrag erfolgreich zu bewältigen. Ich

richte daher namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

### **Anfrage**

**Sind Sie bereit, sowohl mit den zuständigen Stellen der Sicherheitsbehörden als auch mit den zuständigen politischen Kräften auf Bundesebene, vor allem aus den Reihen ihrer Partei, in Kontakt zu treten und sich nachdrücklich für eine Gesetzesreform einzusetzen, die die Umsetzung oben genannten Vorschlags zumindest rechtstheoretisch ermöglicht.**

**Sind Sie zudem bereit, auch im Städte- und Gemeindebund auf ein geschlossenes Vorgehen der Kommunen im oben dargelegten Sinne zu drängen?**

**Anfrage an den Herrn Bürgermeister,** eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 24.09.2009 von Gemeinderat Christoph Hötzl

Betreff: **Hochwasserschutz Andritz**

Graz, 24.09.2009

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Angesichts zahlreicher Überschwemmungen zeigte sich in diesem Sommer erneut die Säumigkeit der öffentlichen Hand in Sachen Hochwasserschutz in Andritz.

Allerdings haben Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, vor geraumer Zeit in der Öffentlichkeit und auch gegenüber der örtlichen Bürgerinitiative erklärt, dass Ihrerseits bereits stromaufwärts, also in Richtung Weinitzen, Grundstücke gekauft wurden, um Hochwasserschutzmaßnahmen baulicher Art zu ergreifen.

Angesichts der prekären Hochwassersituation in Andritz gilt es nun diese Aussage zu präzisieren, daher richte ich namens des FPÖ Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

### **Anfrage**

**Um welche Grundstücke handelt es sich hierbei genau? Wann wurden diese zu welchem Kaufpreis erworben? Was wurde dort bisher gebaut bzw. wird noch bebaut werden und wann soll dieses Projekt begonnen werden?**